

Hannes Androsch  
*Quo vadis, Austria?*

„Allein beständig ist der Wandel“, meinte vor etwa 200 Jahren der Philosoph Arthur Schopenhauer. Wandel bestimmt ebenso die Evolution wie die Geschichte der Menschheit und ist nichts Neues. Neu sind in unseren Zeiten allerdings das gewaltige Ausmaß und das atemberaubende Tempo der Veränderungen. Revolutionäre Neuerungen und tektonische Bedeutungsverschiebungen im globalen Ausmaß wie auch Umbrüche in den Gesellschaftsstrukturen sind die Folgen. Der rasante, alle Lebensbereiche umfassende Wandel und die damit verbundenen immer komplexer und interdependenter werdenden Beziehungen machen es für unsere individuelle Anpassungsfähigkeit und für die politisch-institutionelle Gestaltungsfähigkeit immer schwieriger, diesen Entwicklungen zu entsprechen.

Die Weltbevölkerung ist zwischen 1800 und 1900 von 900 Millionen auf 1,6 Milliarden Menschen angestiegen. Zur zweiten Jahrtausendwende bevölkerten die Erde 6 Milliarden, 2010 bereits 6,7 Milliarden Menschen. Bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts wird die Weltbevölkerung mit prognostizierten 9,3 Milliarden Menschen nochmals um 40 Prozent anwachsen. Die Zunahme der Weltbevölkerung verteilt sich auf die Kontinente unterschiedlich. Bevölkerungsmäßig ist Europa längst ein schrumpfender Kontinent. Im Jahr 1900 machten die Europäer noch 20 Prozent der Weltbevölkerung aus. Einhundert Jahre später, im Jahr 2000, waren es nur mehr 11 Prozent, und zur Mitte des 21. Jahrhunderts werden in Europa nur mehr knapp sieben Prozent der Erdbevölkerung leben.

Hingegen weisen Asien, Afrika und Lateinamerika einen weiter stark wachsenden Anteil an der Weltbevölkerung auf.

Überdies altern die Einwohner Europas, aber auch Japans zunehmend. Die Lebenserwartung hat sich seit Mitte des vorigen Jahrhunderts in unseren Breiten von 62,4 Jahren bei Männern und 67,8 Jahren bei Frauen – bei steigender Tendenz – auf 77,4 bzw. 82,9 Jahre erhöht, während die Geburtenrate deutlich unter das Reproduktionsniveau gefallen ist.

Dies bedeutet eine demografische Zeitenwende, nämlich eine sinkende Bevölkerungszahl und weniger Arbeitskräfte verbunden mit einem immer angespannteren Verhältnis zwischen der Zahl der Erwerbstätigen und jener der Pensionisten bei gleichzeitig längeren Ausbildungszeiten mit entsprechenden Folgen für den Arbeitsmarkt, die soziale Sicherheit und das Gesundheitswesen sowie für die öffentlichen Finanzen insgesamt. Letztere bedürfen ohnehin längst einer Korrektur, um auf soliden Grund zu gelangen. In diesem Zusammenhang sind ein späteres Pensionsantrittsalter, eine höhere Frauenerwerbsquote und Zuwanderung sowie eine höhere Arbeitsproduktivität unumgänglich. Vor allem gilt es, die industrielle Basis als Hauptgrundlage für hohe Beschäftigung und Wohlstand zu sichern. Dies erfordert entsprechende Produktivität, Flexibilität und Mobilität, um neue Prozesse und Produkte, vor allem aber wettbewerbsfähige Lohnstückkosten zu erreichen. Nur so wird es möglich sein, der demografischen Zeitenwende und einer damit verbundenen drohenden Explosion einer fiskalischen und arbeitsmarktbezogenen Zeitbombe aufgrund einer alternden Gesellschaft erfolgreich zu begegnen.

Die Zunahme der Weltbevölkerung führt zwangsläufig zu einer immer größeren Beanspruchung der natürlichen Ressourcen unseres Planeten. Die ausreichende Versorgung der Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln, sauberem Trinkwasser, Rohstoffen und Energie bei gleichzeitig bestmöglicher Schonung und damit Erhalt einer gesunden Umwelt zählen

zu den elementaren Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Von der verbrauchten Energie, deren gesteigerte Nutzungsmöglichkeit maßgeblich zur Wohlstandsverbesserung großer Teile der Menschheit beigetragen hat, entfallen rund 60 Prozent auf Erdöl und Erdgas. Der weltweit weiterhin rasant steigende Energieverbrauch bei gleichzeitig abnehmenden Ressourcen bei Erdöl und Erdgas und ein höhere Verantwortlichkeit gegenüber der Umwelt sowie das Eindämmen des menschlich verursachten Klimawandels erfordert die Erschließung neuer umweltfreundlicher Energiequellen samt eines verbesserten Nutzungsgrads.

Der „ökologische footprint“ – die Größe einer Berechnungsmethode, die aufzeigt, wie viele Ressourcen der einzelne Mensch, aber auch einzelne Volkswirtschaften beanspruchen. Dieser Fußabdruck macht deutlich, dass die Menschheit beim Verbrauch der natürlichen Ressourcen längst die Grenzen der Nachhaltigkeit überschritten hat. Die Ressourcenbeanspruchung ist zudem mehr als ungleich verteilt. So verbrauchen die USA, die fünf Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren und mehr als ein Fünftel der globalen Wirtschaftsleistung erbringen, 25 Prozent des weltweit genutzten Erdöls. Ähnlich hohe Relationen ergeben sich für den Verbrauch von sauberem Wasser und anderer wichtiger Rohstoffe. Gleiches gilt auch für die Treibhausemissionen. Anzumerken ist, dass hier China mittlerweile die USA übertrifft. Ähnlich wie in den USA ist auch der „ökologische footprint“ der EU mit rund sieben Prozent der Weltbevölkerung weit überdimensioniert.

Die Entwicklung der Weltbevölkerung wird von einem Prozess der Urbanisierung begleitet, die zu einem immer größeren Anteil in den metropolitanen Agglomerationen führt. Um 1900 lebten 14 Prozent der Menschheit in Städten, zu Ende des ersten Dezenniums des 21. Jahrhunderts über 50 Prozent, in absehbarer Zeit werden es 70 Prozent sein. Daraus ergeben sich gewaltige Anforderungen an die Kommunal- und Gesundheitsdienste, die Energieversorgung, das Transport- und Wohnungswesen, die Nahrungsmittel- und Wasserversorgung, die Sanitär- und vor allem an die Bildungseinrichtungen.

**D**iese Entwicklungen werden alle von einer weltweiten Verschiebung der ökonomischen und politischen Gewichtungen begleitet. Nach der Entdeckung der Neuen Welt hat der Westen 500 Jahre lang die Welt dominiert, davon 400 Jahre Europa, wobei das 19. Jahrhundert vor allem vom Britischen Empire beherrscht wurde. Das 20. Jahrhundert war von der Dominanz der USA geprägt. Viele Anzeichen deuten darauf hin,

dass das 21. Jahrhundert zum asiatischen werden wird. Diese Entwicklung wurde von Japan eingeleitet, dem bald der Aufstieg der asiatischen Tigerstaaten Südkorea, Taiwan, Malaysia und Singapur folgte. Nunmehr wird dieser Prozess vom Wiederaufstieg Chinas und Indiens geprägt. In Verbindung mit der digitalen Revolution ist dies Hauptursache für das Phänomen der Globalisierung.

Aber auch der Stellenwert der Schwellenländer wie Brasilien oder anderer Rohstoffe und Erdöl exportierender Länder wächst ständig. Diese Verschiebungen gehen mit einer Verringerung der Bedeutung der nach der Epochenäsur 1989 einzig verbliebenen Supermacht USA einher. Trotzdem werden die Vereinigten Staaten ökonomisch, politisch und vor allem militärisch noch lange die wichtigste Macht der Welt bleiben.

Europa allerdings ist von einem einschneidenden Bedeutungsschwund betroffen. Dieser begann mit dem industriellen Aufstieg der USA nach deren Bürgerkrieg 1861–1865 und steigerte sich nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg.

Die nach 1945 im westlichen Einflussbereich verbliebenen Länder Europas konnten die Kriegsfolgen unter dem Schutzschild der Amerikaner und deren Hilfe, unter der auch die Förderung der europäischen Integration fällt, rasch überwinden und sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts wirtschaftlich wieder erholen. So ist Europa zwar wieder zu einem ökonomischen Riesen herangewachsen, präsentiert sich aber aufgrund seiner noch immer bestehenden nationalstaatlichen Souveränitätsillusion politisch als Zwerg und militärisch als Wurm (Egon Bahr).

Die in vielen Bereichen erfolgreiche, aber immer noch unvollständige europäische Integration hat bislang den Bedeutungsschwund nicht zu korrigieren vermocht. Vielmehr droht Europa eine „Venedigisierung“, wenn es nicht alle seine Kräfte bündelt. Nur auf diesem Weg kann Europa erreichen, auf der ökonomischen und politischen Weltbühne als Mitspieler akzeptiert und nicht bloß zum Zaungast oder gar zum Spielball degradiert zu werden. Ein zukunftsstarkes Europa muss ein Selbstverständnis als Einheit in der Vielfalt, aber auch der Vielfalt in der Einheit mit einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik und als politische Union einschließlich einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik ausbilden.

Österreich hat die günstigen Umstände der Nachkriegsjahre, die damals entstandenen „goldenen Jahrzehnte“ gut zu nutzen verstanden und einen eindrucksvollen Aufholprozess vollzogen. Während die Erste Republik zu den Armenhäusern Europas zählte, wurde die Zweite Republik zur Erfolgsgeschichte. Österreich stieg zu den wohlhabendsten Ländern der Erde mit breiter Wohlfahrt auf und verstand es, große

Lebensqualität mit Freiheit, Frieden und Sicherheit zu verbinden.

Nach diesem gewaltigen Aufholprozess verliert Österreich allerdings seit Mitte der 1990er Jahre gegenüber vergleichbaren Ländern wie den skandinavischen, den Niederlanden und vor allem der Schweiz wieder an Boden. Daher gilt es, wieder auf die Überholspur zu gelangen. Um diese zu erreichen, müssen erstarrte Strukturen aufgebrochen, neue Perspektiven entwickelt und neue Ziele mit Entschlossenheit durchgesetzt und umgesetzt werden.

Vor allem muss der Terror des Status quo angeblich wohl-erworbener Rechte – vornehmlich in den geschützten öffentlichen Bereichen – überwunden werden. Dazu ist eine kasuistische, anlassbezogene Überregulierung ebenso wie ein oft widersprüchlicher Vorschriftenschwung samt Überbürokratisierung zu beseitigen. Verschwendung und Ineffizienz gefährden in zunehmendem Ausmaß die öffentlichen Haushalte, deren Ausgabenqualität sich immer mehr verschlechtert und deren Verschuldungsgrad sich gleichzeitig dramatisch erhöht hat. Mit solcher politischen Spekulation ist die Gefahr verbunden, die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder zu verspielen. Diese kann nur durch eine in die Zukunft gerichteten Modernisierungs- und Reformpolitik gebannt werden,

wofür Voraussetzung ist, die bestehenden Realitäts- und Handlungsdefizite zu überwinden.

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit oder Fairness oder Solidarität wird zum leeren Schlagwort, wenn dafür nicht reale Grundlagen und Voraussetzungen geschaffen werden. Verteilt kann nur werden, was erwirtschaftet wurde, ernten kann nur, wer gesät hat. Daher ist eine gute Wirtschaftspolitik die beste Sozialpolitik.

In einer ökonomisch bestimmten Wissensgesellschaft ist wirtschaftliche Dynamik und damit Wachstum mit hoher Beschäftigung und breitem Wohlstand vor allem durch Bildung, Wissenschaft und Forschung notwendig, um höhere Qualifikation und größere Innovationsdynamik zu erreichen. Daher benötigt Österreich eine zukunftsorientierte Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationspolitik. Dies ist eine Herausforderung und Aufgabe, der sich jeder Einzelne in Abwandlung eines bekannten Zitats von John F. Kennedy widmen muss: „Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann, sondern fragt, was ihr für euer Land tun könnt.“ Für uns muss das heute ganz Europa betreffen. Dabei muss Ziel sein, in Kooperation globale Verantwortung zu übernehmen und damit im wohlverstandenen eigenen Interesse beizutragen, eine bessere, friedlichere und gerechtere Welt zu schaffen.